

Wahlen

3 Superwahljahr 2009 – Teil 10
Ergebnisse und wie weiter

Stadtpolitik

5–8 15-Punkte-Programm
der LINKEN für Potsdam etc.

Letzte Seite

12 Toleranzfest –
kein Platz für Rechte

Eine eindeutige Bestätigung der LINKEN

Hans-Jürgen Scharfenberg gewinnt Prestigeduell in den Neubaugebieten/Spannung bis nach Mitternacht

Wahlsonntag, Wahlquartier im Hauptbahnhof, 18.00 Uhr: Auf der Projektionsleinwand erscheinen die ersten Hochrechnungen. Die Anspannung löst sich. Lachende, frohe Gesichter – die Wahlbeteiligung lag in der Landeshauptstadt wegen der Koppelung an die Bundestagswahl mit 72,7 Prozent um fast zehn Prozentpunkte höher als vor fünf Jahren. Und die ersten Schätzungen sehen gut aus. Ein Grund mehr für erste Jubelrufe und viel Beifall. Erleichterung auch auf den Gesichtern unserer drei Spitzenkandidaten Rolf Kutzmutz, Hans-Jürgen Scharfenberg und Anita Tack.

Die Schätzungen sehen uns auf Platz ZWEI im Lande. Und ein ganz wichtiges Ergebnis: Die DVU ist mit einem Prozent endlich wieder raus aus dem Landtag.

Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser tritt ans Mikrofon: „Diese erste Prognose zeigt schon eine eindeutige Bestätigung der LINKEN!“. Und: „Jetzt muss Platz



mutig sein ... die Wählerinnen und Wähler wollen das!“. Die LINKEN sei bereit.

Der erste Druck hat sich zwar gelöst. Jedoch baut sich neue Spannung auf. Wie werden die drei GenossInnen in ihren Wahlkreisen abschneiden?! Bei Rolf Kutzmutz sieht es (zunächst) gut aus, das Direktmandat zu erringen. Doch bis Mitternacht sind

die Teltower Stimmen noch nicht ausgezählt. Und die waren dann offenbar entscheidend dafür, dass Frau Wicklein doch noch das Rennen machte... Nur 201 Stimmen waren die Differenz! Trotzdem: Hochachtung, lieber Rolf!

Ein Ergebnis zeichnet sich jedoch immer mehr ab: Hans-Jürgen Scharfenberg kann sich gravierend gegen den SPD-Mann

Mike Schubert durchsetzen. Er kann seinen Wahlkreis 22 für sich gewinnen. Und das mit klarem Ergebnis. Glückwunsch auch für Hans-Jürgen.

Die Medien „streiten“ sich förmlich um kurze Statements der Kandidaten. Und die Spannung bleibt bis gegen Mitternacht.

(Siehe auch SEITE 3)

Auf ein Wort...



Eine starke LINKEN ist gut für das Land

Von Thomas Nord, Landesvorsitzender und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der LINKEN

DIE LINKEN hat am 27. September in Brandenburg, aber auch bundesweit ein sehr gutes Ergebnis erkämpft. Wir haben 21 Direktmandate für den Landtag und 4 Direktmandate für den Bundestag gewonnen. Wir haben drei Bürgermeisterwahlen gewonnen. Hans-Jürgen Scharfenberg hat seinen Wahlkreis mit einem Rekordergebnis gewonnen. Anita Tack zieht über die Landesliste in den Landtag ein. Dafür danke ich allen Wählerinnen und Wählern.

Ich danke allen Genossinnen und Genossen, die in den letzten Wochen und Monaten unermüdet im Wahlkampf waren. Ohne Euren großartigen Einsatz hätten wir dieses Ergebnis nicht erreicht. Die letzten 12 Monate haben uns allen besondere Anstrengungen abverlangt. Es ist erst ein Jahr her, dass wir im September 2008 ein sehr gutes Kommunalwahlergebnis erzielt haben. Im Juni haben wir in Brandenburg bei der Europawahl den ersten Platz verteidigt, im Bund haben wir dazu gewonnen. Die Wahlkämpfe zu den Landtags-, Bundestags- und Bürger-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Wir bleiben konsequent sozial

Wahlkampffinale mit Kutzmutz, Kaiser, Enkelmann und Gysi in Potsdam



Strahlender Sonnenschein auf der Wahl-Abschlusskundgebung der LINKEN am Freitag, 25. September 2009, am Brandenburger Tor in der Landeshauptstadt. „Gysi kommt!“, so stand es auf den Plakaten. Und schon das war ein Grund, dass der Platz dicht gefüllt war – von LINKEN aber auch von vielen Neugierigen. Insgesamt jedenfalls ein Optimismus ausstrahlendes Wahlkampffinale.

Rolf Kutzmutz war der erste, der ans Mikrofon ging. Er geißelte u. a. den SPD-Chef Muntefering, der den Bruch von Wahlversprechen schon vorab angekündigt hatte.

Kerstin Kaiser unterstrich: „Wir bleiben konsequent sozial – auch nach der Wahl!“. Die Spitzenkandidatin erläuterte, warum es in

Brandenburg nicht so weiter gehen könne und dürfe wie bisher. Für immer mehr Menschen sei die Daseinsvorsorge nicht mehr gesichert. „Wir wollen keine Almosen, sondern dass Menschen von ihrer Arbeit leben können.“

Die Bundestagskandidatin Dagmar Enkelmann stellte fest: „Die LINKEN ist im Kommen!“

Das u. a. deshalb, weil in Deutschland inzwischen drei Millionen Kinder in Armut leben. Von der SPD hätten die keine Hilfe zu erwarten. Mögen sich ihre Kandidaten auch noch so „brandenburgisch“ geben.

Schließlich trat Gregor Gysi ans Mikrofon. Dass Platzeck sich selbst als „der Brandenburger“ bewerbe, ändere nichts daran, dass er in wesentlichen Punkten der Bundespolitik „schwerwie-

gend versagt“ und gegen die Interessen der Brandenburger gehandelt habe. Seine Zustimmung zu einem Quasi-Schuldenverbot für künftige Landesregierungen laufe darauf hinaus, dass das Land handlungsunfähig werde. „Platzeck besitzt nicht das Mandat, das Ende Brandenburgs zu beschließen.“ Die Medien forderte Gysi auf, mehr über den Bundesrat und speziell das Abstimmungsverhalten Platzecks zu veröffentlichen.

Im Weiteren unterstrich er: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit – wer das fordert, der will die Einheit!“ Und an die Wählerinnen und Wähler gerichtet, unterstrich er: „Nur die Unterstützung der LINKEN bringt die anderen Parteien zum Nachdenken!“

(Fortsetzung von SEITE 1)

meisterwahlen waren erfolgreich, weil unserer Arbeit Vertrauen entgegengebracht wird. Unser Einsatz hat sich gelohnt. DIE LINKE wird den Weg für ein sozial gerechtes Brandenburg auch in den nächsten fünf Jahren konsequent fortsetzen.

Die nächste Ausgabe von

Potsdams andere Seiten erscheint am Dienstag, 3. November 2009

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat. **BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv **DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Mit der roten Tatabahn

LINKE für elternbeitragsfreien Schülerverkehr und die Belebung des Bahnhofs Pirschheide



Die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag, Anita Tack, fuhr am 23. September mit Rolf Kutzmutz und Hans-Jürgen Scharfenberg in der historischen Tatabahn des Potsdamer Verkehrsbetriebs durch die Landeshauptstadt. Dabei hat sie über eines der Schlüsselvorhaben aus dem Wahlprogramm der Brandenburger LINKEN, die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung, sowie über die Zukunft des Bahnhofes Pirschheide informiert.

Ziel der LINKEN:

Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung

Es bedarf landesweiter Regelungen, um die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten bei der Schülerbeförderung zu minimieren. Dazu müssen die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Landkreise beachtet werden. Es werden sichere Schulbusse, für jedes Kind ein Sitzplatz und ein Busbegleiter bei längeren Wegstrecken benötigt. Das trägt nicht nur zur erhöhten Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch zur Stärkung des öffentlichen

Personennahverkehrs bei. Die Satzungen der Landkreise und kreisfreien Städte dürfen aus unserer Sicht nicht benutzt werden, um Schülerströme zu lenken. Die Schülerbeförderung muss so gestaltet werden, dass für alle Schülerinnen und Schüler die Teilnahme an den Angeboten am Nachmittag und am Ganztagsbetrieb ermöglicht wird.

Das Land darf sich nicht länger vor der Gestaltung einer Rahmenset-

zung oder untergesetzlicher Regelungen drücken. Es müssen Obergrenzen, bezogen auf die Schulwege und auch die Fahrzeiten, festgelegt werden. Die Zumutbarkeit von Wege- und Wartezeiten muss genau definiert werden. Es bedarf klarer gesetzlicher Regelungen.

Ziel muss letztlich aus Sicht der LINKEN eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung sein. Denn: Bildung ist eine Landesaufgabe. Der Weg zur Schule gehört dazu. Und

„Freilichtmuseum“ Potsdam?

Wie sieht eine lebendige Innenstadt aus? – Ergebnisse der Befragung

Die Potsdamer beklagen mangelnde Transparenz in städtebaulichen Entscheidungen. Sie verlangen mehr Elemente der direkten Demokratie und politische Entscheidungen sowie Nutzungsvarianten, die den Bürgerwillen berücksichtigen. Eine Bestätigung unserer politischen Forderungen. Wir gaben ihnen die Möglichkeit, sich einzumischen und sie taten es.

Zwischen Platz der Einheit und dem Brauhausberg erhält Potsdam ein neues Gesicht. Entscheidungen zur künftigen Gestaltung und Nutzung und damit auch zum Umgang mit alter und neuer Architektur wurden bereits getroffen bzw. sind noch zu treffen. Oft blieb die Bürgermeinung unberücksichtigt. Um im Landtag und in der

Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Potsdamer vertreten zu können, erkundigte sich Anita Tack nach den Vorstellungen, Wünschen und Forderungen zur Gestaltung der Potsdamer Innenstadt.

Es gibt viele gute Ideen und man spürt das Bedürfnis der Bürger, mitreden zu können. Weniger ideologische, sondern eher funktionelle und städtebauliche Vorschläge erreichten uns. So z.B. beim Umgang mit DDR-Bauten. Deren Erhalt von dem Gros als Bestandteil der baukulturellen Entwicklung der Stadt gesehen wird. „Die alten Gebäude gehören zum Stadtbild.“ Daher „renovieren und integrieren“. Eine lebendige Innenstadt ist nur möglich mit einem „offenen Landtag“ mit Veranstal-

tungen, Cafés, einer Geschichtsausstellung, mit einer Bittschritten-Linde, die an die Herrschaft des Volkes erinnern soll, und einem Jugendparlament. Der Landtag sollte nicht nur ein politischer Ort sein, sondern auch ein Ort für Stadtfeste, ein Forum für politische Bildung oder ein Ort für die Kunst. Weiterhin sorgen der Verbleib der Fachhochschule, auch als „Ort der Kultur“, sowie die Ansiedlung weiterer studentischer Einrichtungen für ein vitales Zentrum. Ein Bürger schlug den Abriss des Fachhochschulgebäudes und den Bau eines „Hauses der Wissenschaften“ an selbiger Stelle vor.

Eine Mehrheit sprach sich für den Erhalt der Schwimmhalle auf dem Brauhausberg aus. Wenige befürworteten den Abriss der

Vernunft in der Wasserstraßenplanung?

Noch kurz vor den Bundestagswahlen hat das Bundesverkehrsministerium verlauten lassen, dass auf die Abbaggerung der Kanal- und Flussufer an der Havel, am Sacrow-Paretzer-Kanal und an der Spree verzichtet werden soll. „Späte Einsicht ist besser als keine! Wenn es nicht nur Wahlkampfgetöse ist, so wäre dies ein riesiger Erfolg des jahrelangen Kampfes auch von den LINKEN im Brandenburger Landtag und im Aktionsbündnis gegen das unwirtschaftliche und völlig überzogene Verkehrsprojekt VDE 17. Den Erfolg feiern wir allerdings erst, wenn er sich auch bewahrheitet“, erklärte die verkehrspolitische Sprecherin Anita Tack: Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost als die planende Behörde ist nun am Zuge, denn sie muss im schwebenden Vergleichsverfahren zur Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals eine gute Planung für eine Natur schonende Sanierung der Wasserwege vorlegen. Und die muss akzeptiert werden.

der soll nicht nur möglichst kurz, sondern auch kostenfrei und sicher sein. Deshalb fordern wir im Interesse sozialer Gerechtigkeit, dass die Kosten für die Schülerbeförderung wieder in Landesverantwortung übernommen werden.

In Potsdam ist die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung auf Platz eins der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2009. Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung setzt sich dafür ein, Druck auf das Land für eine schnelle Regelung auszuüben, aber auch als Stadt mit gutem Beispiel voranzugehen.

Schwimmhalle und Ersetzung durch ein Niemeyer-Bad. Auch die Entfernung des Fachhochschulgebäudes, das künftig einer Grünfläche Platz machen soll, wurde thematisiert, ebenso wie der Abriss und historisch korrekte Wiederaufbau der Wilhelmgalerie. Auch den Abriss des „Haus des Reisens“ beklagten einige Schreiber, die es lieber saniert und etwas zurückgebaut gesehen hätten; ebenso machten sich Einreicher für den Erhalt des Ensembles Bibliothek und Staudenhof stark, an dessen Standort sie gern studentisches Wohnen sähen. Dafür bedarf es kleiner und preisgünstiger Wohnungen. Der Bedarf ist da.

Die Umfrage ist eine gute Basis für linke Stadtpolitik, und sie wird weitergehen. Auf der Internetseite www.anita-tack.de sind alle bisher gemachten Vorschläge einsehbar und hier können weitere Anregungen abgegeben werden.

Sascha Krämer

Sozial, auch nach der Wahl...

Einem politischen Erdbeben gleich kommt das Wahlergebnis durch die hohen Verluste der SPD bei gleichzeitigen Verlusten der Union. Keine der beiden Regierungsparteien konnte hinzugewinnen. Alle drei Oppositionsparteien gewinnen hinzu, am stärksten die FDP. Sie schafft zugleich den Wechsel in die Regierung.

Verantwortlich für diese schwarz-gelbe Koalition und für die nun zu erwartende Politik eines noch stärkeren Sozialabbaus ist zu großen Teilen eine SPD, die sich zu einer neoliberalen Partei entwickelte und z.B. mit Hartz IV und der Rente mit 67 Weichenstellungen vornahm, die zu Recht als Abkehr von sozialdemokratischen Grundsätzen empfunden wurde. Die Folge: Mehr als vier Millionen traditionelle SPD-Wählerinnen und -wähler blieben zu Hause, weitere zwei Millionen wählten eine andere Partei. Das hat die Wahl für Schwarz-Gelb entschieden. Es bleibt zu hoffen, dass die SPD aus dieser Erfahrung die richtigen Schlüsse zieht, also nicht „weiter so“!

Im 17. Deutschen Bundestag verfügen Union und FDP über eine Mehrheit von 332 der voraussichtlich 622 Abgeordneten. Getragen wird dieser Wechsel von der Schwäche der SPD und der Stärke der FDP. Die 17. Bundestagswahl rief einige Ergebnisse hervor, die es zu erwähnen lohnt.

Die Wahlbeteiligung war mit 70,8% der Wahlberechtigten so

niedrig wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik. Die Unionsparteien erzielten mit 33,8% ihr schlechtestes Ergebnis nach der Wahl 1949. Die SPD erreichte mit 23,0% nochmals 5,8 Prozentpunkte weniger als bei ihrem bisherigen Tiefpunkt 1953. Die FDP erzielte mit 14,6% ihr bestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik. DIE LINKE erzielte ihr bestes Bundesergebnis, ebenso wie die Grünen. DIE LINKE gewann erstmals außerhalb Berlins Direktmandate, und zwar: eins in Mecklenburg-Vorpommern,

„ Wir sind nicht Teil der diversen Farbenspiele, weil es zur Zeit keinen für uns koalitionsfähigen Partner im Bundestag gibt. Die anderen Parteien befinden sich bei den meisten Fragen in einer Konsenssoße, in die wir nicht hinein wollen. Das betrifft den Krieg in Afghanistan, Rentensenkung und Rente ab 67, Hartz IV, den Verzicht auf eine Vermögenssteuer und anderes mehr. Würden wir in dieser Konsenssoße mitmischen, wären wir schlicht überflüssig.“

Gregor Gysi

zwei in Thüringen, vier in Brandenburg und fünf in Sachsen-Anhalt. In Berlin wurden zum zweiten Mal 4 Direktmandate gewonnen.

960.000 Wähler wechselten von der SPD zur LINKEN, die bundesweit einen Zugewinn von 1.020.000 Stimmen verzeichnet und ihr bestes Bundeswahlergebnis erreichte.

Das zeigt nicht nur der Gewinn an Zweitstimmen. Erstmals konnte DIE LINKE aufgrund des Zugewinns an Erststimmen auch außerhalb Berlins Direktmandate gewinnen. Für den Bundestag erhielt die SPD in Brandenburg 110.000 Stimmen weniger. Stärkste Partei wurde hier DIE LINKE. Die CDU lag ebenfalls deutlich über ihrem Landtagswahlergebnis.

Der Vergleich mit der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl zeigt das deutliche Auseinanderfallen zwischen der Zustimmung für die Landes-SPD

und den Ministerpräsidenten Platzeck auf der einen Seite und derjenigen für die Bundes-SPD. Im Land behauptet sich die SPD als stärkste Partei. Von den rund 220.000 Stimmen, die mehr abgegeben wurden, erhielt die SPD überdurchschnittlich viele (85.000), so dass sie mit 33,0% gestärkt in den Landtag einzieht. Ein Verdienst der inhaltsleeren SPD-Strategie: „Zweitstimme ist Platzeck-Stimme“.

DIE LINKE wird erneut zweitstärkste Partei. Sie gewinnt über 50.000 Stimmen hinzu, bekommt aber – aufgrund der stärkeren Wahlbeteiligung – nur 27,2% statt 28,0%



in 2004. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis DER LINKEN in Potsdam zu betrachten: Sowohl nach Zweitstimmen als auch nach Erststimmen hat DIE LINKE zugelegt – bei den Erst- und Zweitstimmen für die Bundestagswahl stehen wir in Potsdam an erster Stelle.

Rolf Kutzmutz hat das Direktmandat für den (Teile von Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming umfassenden) Bundestagswahlkreis 62 nur um 201 Stimmen verfehlt, in der Stadt Potsdam selbst lag er deutlich auf Platz Eins. Hans-Jürgen Scharfenberg hat den Landtagswahlkreis 22 mit 42,8% zurückgewonnen und trotz massivster Unterstützung für den SPD-Direktkandidaten Mike Schubert diesen deutlich distanziert. Er

erreichte eines der besten Ergebnisse der direkt gewählten Landtagskandidaten. Das „Duell“ mit seinem Kontrahenten hat er eindeutig für sich entschieden – mit diesem Wahlergebnis wurde auch seine Arbeit als Vorsitzender der Stadtfraktion eindrucksvoll bestätigt. Anita Tack hat mit einem respektablen Ergebnis im Landtagswahlkreis 21 eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung im Potsdamer Norden gelegt. Sie wird wiederum über die Landesliste in den Landtag einziehen.

DIE LINKE hat in Potsdam auch deshalb gut abgeschnitten, weil unsere Abgeordneten im Stadtparlament und im Landtag nicht nur vor den Wahlen, sondern auch nach den Wahlen vor Ort sind und die Alltagsprobleme der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen.

Auf der Landesebene geht es jetzt darum, den Wählerauftrag zu einem Politikwechsel in Brandenburg umzusetzen, das geht parlamentarisch nur gemeinsam mit der SPD. Und es setzt voraus, dass die SPD die Ziele, die sie im Wahlkampf vertreten hat (z.B. Vergabegesetz, Mindestlohn, Verbesserungen im Bildungsbereich, mehr Personal in Kitas und Schulen), nach den Wahlen auch zum Maßstab ihres Handelns macht.

Und in Potsdam wird DIE LINKE sich weiter für eine bürgernahe und an Sachthemen orientierte Politik engagieren. Wir halten uns an unser Motto: sozial, auch nach der Wahl!



Das Potsdamer Wahlkampfteam am Wahlabend.

Günther Waschkuhn
Kreisvorsitzender
DIE LINKE Potsdam

„...empfiehlt sich die Abschaffung desselben.“

Oktober 1889

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die revolutionäre Sozialdemokratie weltweit an Gewicht gewonnen. Das unterstreicht einmal mehr der Internationale Sozialistenkongress vom 14. – 20. Juli 1889 in Paris, der zugleich die Geburtsstunde für den 1. Mai als Kampftag des Proletariats wurde.

Die Beschlüsse dieses Kongresses strahlten auch bis Potsdam aus. Am 08. Oktober 1889 findet eine Maurerversammlung in Potsdam (ca. 200 Teilnehmer) statt. Im Polizeibericht heißt es über die Ausführungen des Redners: „Eine gewerbliche Vereinigung sei absolut notwendig, nur vereint könne man,

wie die Erfahrung lehrt, etwas leisten, dem Drucke widerstehen. Geschlossen müsse man sein, der einzelne sei sonst ein schwankendes Rohr, sowohl in der politischen als auch in der gewerkschaftlichen Gesellschaft. Ebenso wie seinerzeit die Sklaverei und die Leibeigenschaft sich überlebt habe und

abgeschafft worden sei, weil sie nicht mehr am Platze war, so ist das heutige Lohnsystem auch nicht mehr am Platze, und empfiehlt sich die Abschaffung desselben.“

120 Jahre nach dieser Versammlung ist den Forderungen der Versammelten wenig hinzuzufügen.

Hermann Maaß – hingerichtet seiner Anschauung wegen

Oktober 1944

Am 20. Oktober 1944 – noch am Tage seiner Verurteilung durch den sogenannten Volksgerichtshof – wird der Sozialdemokrat Hermann Maaß hingerichtet (geboren am 23. Oktober 1897). Die Angst der braunen Machthaber vor dem, was er dachte und vertrat, muss sehr groß gewesen sein. Am 12. August 1944,

bereits in Haft, bekennt Hermann Maaß, dass er Zweifel daran hegte, „...ob das Politische oder Staatsmännische ganz das treffen könnte, was ich als Erfüllung meines Wesens suchte.“ Dann aber fährt er, der sich eins fühlte mit den Männern um Claus Graf Schenk von Stauffenberg, mit Sicherheit fort: „Was

ich immer wieder als meine persönlichste Aufgabe fühlte, der ich mich auch in diesen Stunden nicht entsagen kann, ist die Miterschöpfung eines neuen, unseres Zeitalter gemäßen, umfassenden Ethos, dass die kleinen und großen Gemeinschaften durchdringt und die menschlichen Unzulänglichkeiten kennt und

die tausenderlei persönlichen und gruppenmäßigen Egoismen zurückdrängt und überwindet.“

Dieser Anschauung wegen löschte ihn die braune Justiz aus.

Wer soll Bohnenkaffee bekommen?

Oktober 1949

Nicht nur Bohnenkaffee war in der jungen DDR eine Mangelware – es fehlte an vielem, worum man sich ernsthaft Gedanken machen musste. Sicherlich, die Frage, wer welche Menge Bohnenkaffee erhalten sollte, war nicht die wichtigste, doch sie wurde gestellt – von der „Märkischen Volksstimme“ in

einem Preisausschreiben. Am 26. Oktober 1949 erfolgte die Auswertung der 200 Zuschriften. Sieger wurde Kurt Neuen-dorf, Gutenbergstraße 88. Seinen Vorschlag gab die Presse folgendermaßen wider:

„Danach soll die BGL jedes Betriebes eine Liste mit den Interessenten für Bohnenkaffee auf-

stellen. Die HO soll dann in Verbindung mit dem FDGB die Betriebe in einer bestimmten Reihenfolge berücksichtigen und dabei die Wichtigkeit des Betriebes für den Zweijahrplan, den Umfang der gesundheitsschädigenden Arbeiten und die Nacharbeit besonders in Betracht ziehen. Um die übrige Be-

völkerung nicht zu benachteiligen, soll ein Teil des anfallenden Bohnenkaffees in den Geschäften und Kiosken verkauft werden.“

Übrigens erhielt Kurt Neuen-dorf als Sieger 500 g Bohnenkaffee.

Die ersten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“

Oktober 1959

Am 03. Januar 1959 hatte die Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld DDR-weit dazu aufgerufen, den Kampf darum zu führen, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben. Damit sollte der Kampf um hohe Produktionsleistungen verbunden werden mit

gemeinschaftlicher sozialistischer Lebensweise und Bildung. Neben den Produktionsplan trat der Kultur- und Bildungsplan. Diese Initiative – gestützt von Partei und Gewerkschaft – wurde Ausgangspunkt für eine breite Massenbewegung in der DDR.

Am 06. Oktober 1959 – auf der

Festsitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR – verkündete der Oberbürgermeister Wilhelm Rescher, dass 180 Brigaden aus der Industrie und dem Handel um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpfen.

Am gleichen Tag gab es auch

die ersten Auszeichnungen für Brigaden. In Potsdam erhielten die Brigade „Philipp Müller“ aus dem VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg und die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsplatzverdichtung“ aus dem RAW Potsdam den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“. -rt

Hans Beimler, Kamerad

Oktober 1969

Am 1. Dezember 1936, auf dem Weg in die vordersten Stellungen bei Madrid, wurde Hans Beimler (geb. am 02. Juli 1895), Beauftragter des ZK der KPD in Spanien, von einer feindlichen Kugel tödlich getroffen – Herzschuss. Im Nachruf des ZK der KPD hieß es am 03. Dezember: „Die KPD senkt ihre Fahnen vor diesem tapferen kommunistischen Führer, dessen ganzes Leben der großen Sache des deutschen und internationalen Freiheitskampfes gewidmet war.“

Bereits als Lehrling hatte sich Hans Beimler im Deutschen Me-

tallarbeiterverband engagiert. Die Oktoberrevolution erlebte er als Maat der Kaiserlichen Kriegsmarine vor den Küsten Russlands. Bei Ausbruch der Revolution in Deutschland eilte er in seine Geburtsstadt München und wurde bald eines der ersten Mitglieder der KPD in Bayern. Zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, gab er seine Positionen nicht auf. 1925 wurde er zum Sekretär der KP Bezirksleitung Südbayern gewählt. 1932 kam Hans Beimler in den Deutschen Reichstag. Im April 1933 verhaftet, wurde er ins KZ Dachau ver-



bracht. Ihm gelang die Flucht ins Ausland. Bereits im August 1936

traf Beimler in Spanien ein.

Am 04. Oktober 1969 wurde vor dem damaligen Pionierhaus „Erich Weinert“ ein Gedenkstein für die deutschen Interbrigadisten in Anwesenheit von Ludwig Renn, Stabschef der 11. Internationalen Brigade, eingeweiht. Da wurde auch Hans Beimlers gedacht.

Auf dem Stein das Symbol der Interbrigadisten. Nach 1990 allerdings verschwand dieses Zeichen. War es ein Hobbysammler? War es Vandalismus? War es reinerungsamtliche Absicht?

Mehr Sachlichkeit und weniger „Showkämpfe“

Gabriele Herzel und Stefan Wollenberg: Erfahrungen nach einem Jahr als Stadtverordnete

Die Abläufe der Fraktionsarbeit und die Arbeit in den Ausschüssen mussten erst einmal „erlernt“ werden. Dabei wurde ich nie allein gelassen, bekam jederzeit Rat und Unterstützung. Anträge unserer Fraktion entstehen im engen Kontakt mit Bürgern und zielen darauf ab, positive Veränderungen zu bewirken.

Über jeden Antrag wird in der Fraktion vorher gründlich beraten und auch kontroverse Meinungen werden diskutiert mit dem Ziel, anschließend im Plenum mit gemeinsamer Sprache auftreten zu können.

Was mir fehlt, ist oft-



mals eine sachliche Prüfung unserer Vorschläge beziehungsweise eine breitere Beteiligung der Bürger an kommunalpolitischen Entscheidungen seitens der Verwaltung. Als sehr positiv werte ich die Hartnäckigkeit, mit

der unsere Fraktion am Ball bleibt, sprich ihre Anträge immer wieder einbringt (kostenloses Schulsessen, Kommunale Verantwortung für Bildung, Kaufhallenerhalt in den Stadtgebieten, Förderung der Jugendkultur, Unterschriftensammlung für ein freies Ufer am Griebnitzsee u.v.a.).

Als Mitglied im Sozialausschuss richte ich mein Wirken auf die Belange Älterer (Umsetzung des neuen Ehrenamtskonzeptes der Stadt, Mitarbeit im Netzwerk „Älter werden in Potsdam“, bezahlbare Wohnungen für Ältere).

Gabriele Herzel

Nach einem harten Wahlkampf gelang es uns im vergangenen Herbst, erneut als stärkste Fraktion in die SVV einzuziehen. Ein Erfolg, der viele Väter hatte. An uns war es nun, etwas daraus zu machen. Ich denke, wir kommen nicht umhin festzustellen, dass uns das nur eingeschränkt gelungen ist.

Trotz inhaltlicher Anknüpfungspunkte gerade auch im Bildungsbereich zwischen den beiden „großen“ Fraktionen kam es anders. So kam es z.B. zur Festschreibung eines Schulentwicklungsplanes, der trotz gegenteiligen El-



ternwillens und anderer Positionen auch in der SPD die Gesamtschule in Potsdam weiter zurückdrängt und die Teilung in Gymnasium und Oberschule vorantreibt. Eine Entwicklung, die ihre ne-

gativen Wirkungen erst in einigen Jahren entfalten wird und schwer umzukehren ist.

Das Plenum mit seinen „Showkämpfen“ erinnert doch sehr an die negativen Elemente von Land- und Bundestag mit ihren festgefühten Fronten. Sehr viel leichter und angenehmer ist die sachorientierte Arbeit in den Ausschüssen. Ich erhoffe mir für die Zukunft mehr von dieser Sachorientierung in allen Bereichen – und echte Gesprächsbereitschaft unter allen Fraktionen.

Stefan Wollenberg

Lokales Bündnis für Familie in Potsdam-Süd

Am 18.09.09 trafen sich im Otto-Nagel-Club in der Waldstadt II Akteure des gesellschaftlichen Lebens des Wohngebietes, um unter Leitung des Breitband e.V. über den Aufbau eines Lokalen Bündnisses für Familie zu diskutieren. Ziel dieses Treffens war es, über die bundesweite Initiative zu informieren, sich einen Überblick über die in Potsdam-Süd bereits bestehenden Aktivitäten und Angebote für Familienfreundlichkeit zu verschaffen und die Voraussetzungen dafür zu beraten, ein solches Bündnis für Familie offiziell zu gründen. Den etwa 40 potentiellen Bündnisparteien waren 15 der Einladung gefolgt. Das waren neben den Vertretern des Jugendamtes vor allem 3 Mitglieder der Bürgerinitiative Waldstadt, 2 Vertreter der Siedlungen Eigenheim, die Leiterin der Medienwerkstatt Am Schlaatz und der Leiter der Tanzschule Balance. Nach einer Einführung in die Initiative durch das Servicebüro Berlin wurden Ideen gesammelt, gebündelt und in zwei Arbeitsgruppen zu konkreten Vorhaben formatiert. Eine AG möchte auf kulturellem Gebiet wirken und eine Theaterpatenschaft organisieren, sich um Familienreisen kümmern und Tanzprojekte durchführen. Die zweite befasste sich mit dem Aufbau

von Strukturen, möchte über einen „Ball der Netzwerker“ im Januar möglichst viele Mitstreiter gewinnen und nach der guten Erfahrung des gelungenen Stadtteilfestes anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Waldstadt II im Frühsommer zu einem „Fest der Generationen“ einladen.

Eine Bündnisgründung wird für den Sommer 2010 avisiert. Bis dahin wird ein vierköpfiges Leitungsgremium die Entwicklung steuern, dem der Leiter des Breitband e.V. Jürgen Knappe, der Vorsitzende der Bürgerinitiative Waldstadt, Tino Henning, die Organisatorin des Lokalen Bündnisses Am Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld, Katrin Feldtmann, und die Abtei-



Mit der Neugestaltung der Freianlagen der AWO-Kita „Spatzenhaus“ wurde das letzte Bauvorhaben im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms zur Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in der Waldstadt II zum Abschluss gebracht. Unser Foto: Einweihung im Beisein des Baubeigeordneten Matthias Klipp (Mitte).

lungsleiterin des Regionalteams 3, Sabine Reisenweber, angehören.

Der Oberbürgermeister begrüßte bei seiner kurzen Stipp-

visite ausdrücklich die Bündelung familienfreundlicher Aktivitäten und wünschte allen Beteiligten viel Erfolg. Dem wollen wir uns als Mitakteure

gern anschließen und rufen alle Interessierten zur ideenreichen Mitarbeit auf.

Hella Drohla
SVV, Fraktion DIE LINKE

Der Bahnhof Pirschheide muss eine Zukunft haben!

Der Bahnhof Pirschheide fristet ein Schattendasein und droht zu verfallen. In seiner Nachbarschaft befinden sich größere Hotels sowie ein großer internationaler Campingplatz und zahlreiche Arbeitsplätze. Gespräche mit den Hotel- und Campingplatzbetreibern ergaben, dass die Attraktivität ihrer Einrichtungen und des gesamten Raumes durch gute Bahnverbindungen über den Bahnhof Pirschheide, vor allem zum Flughafen Schönefeld bzw.

künftigen BBI, zur Universität Potsdam und zum Wissenschaftspark Golm, erhöht werden könnte. In einem von der Stadt Potsdam in Auftrag gegebenen Fachgutachten ist jedoch ein Halt der RB-Linie 22 zum BBI in Pirschheide nicht vorgesehen. Bisher scheint auch die Landeshauptstadt wegen der schnelleren Verbindung nach Golm bereit zu sein, den Bahnhof Pirschheide aufzugeben. Die DB AG versucht seit längerer Zeit, das Bahnhofs-

gebäude zu verkaufen. Seitens der Stadt existieren jedoch keinerlei Zukunftspläne für das Bahnhofsgebäude/-gebäude, und der Oberbürgermeister will daher von einem möglichen Vorkaufsrecht der Stadt keinen Gebrauch machen.

DIE LINKE fordert seit längerer Zeit die Stadtverwaltung auf, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, der Deutschen Bahn AG, dem Verkehrsverbund

Berlin-Brandenburg und den Anliegern (Hotels, LBS, Campingplatz, Nutzern des Bahnhofsgebäudes u.a.) eine zukunftsfähige Lösung für die Ausgestaltung des Nahverkehrsknotenpunktes Bahnhof Pirschheide zu erarbeiten.

Das letzte Wort in Sachen Nahverkehrsknoten Pirschheide darf noch nicht gesprochen sein. DIE LINKE will, dass der Bahnhof Pirschheide aus seinem Dornröschenschlaf erweckt wird.

Konsequent sozial: 15 Punkte-Programm der LINKEN für die Entwicklung Potsdams



Potsdamer Unternehmen und Mittelstand konsequent fördern:

Kleine Ausschreibungslose für kleine Bieter. Erfahrungen anderer Kommunen abrufen. Regionales Know-how entdecken: Bieterlisten aktualisieren, Mikrokreditprogramm auflegen.

Konjunkturpaket konsequent umsetzen:

Baumaßnahmen zügig organisieren. Standortentscheidung für Neubau Uni-Sporthalle treffen, Impulse für Potsdams Wirtschaft durch optimierte Ausschreibungen sichern. Transparenz bei Baufortschritten garantieren.

Wohngebietszentren konsequent entwickeln:

Kommunikation, Kaufen und Kultur, Erhalt der Kaufhallen, Bürgerbeiräte für Dialog zwischen Anbietern und Konsumenten. Genossenschaftsmodell für Lebensmittelhandel prüfen. Gastspielkultur stärken.

Bezahlbaren Wohnraum konsequent sichern:

Stärkere Verantwortung für städtisches Wohnungsunternehmen. Bauflächen für Geschosswohnungsbau vorrangig ausweisen. Land konkret in die Förderpflicht nehmen, „Runder Tisch Wohnungspolitik“, um Lösungspotenziale auszuschöpfen.

Kostenloses Schulessen konsequent verwirklichen:

Bürokratie abschaffen „Tisch, Tafel und Teller“ gehören gratis zusammen: Ein entgeltfreies, warmes Mittagessen für sozial bedürftige Kita- und Schulkinder ist für eine familiengerechte Kulturstadt wie Potsdam Pflicht.

Elternbeitragsfreien Schülerverkehr

konsequent als Landesaufgabe und als städtischen Stufenplan umsetzen.

Jugendfreizeit-Kultur konsequent aufwerten:

Schließungen (Spartacus/S 13) ausgleichen. „FreiLand“-Projekt für selbstverwaltete Vielfalt ohne Verzug umsetzen. Keine weitere Verdrängung der Jugend aus der Innenstadt, Potsdam wird Lebensort für Studierende.

Kita-Betreuung konsequent verbessern:

Bedarfsgerechte Betreuungsschlüssel für die Kitas. Stufenmodell: Personelle Verstärkung mit kommunaler Kraft zielgerichtet in sozialen Schwerpunkten starten. Träger-Konferenz für Bedarfsplanung stärken.

Einzelhandelskonzept konsequent kundenorientiert umsetzen:

Förderung der Innenstadt und langfristige Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Stern-Center und Bahnhofspassagen. Einkaufsstraßen-Management zugunsten von Bürgern und Touristen. Bürgerbeirat schaffen.

Weitere Bebauung

am Alten Markt und Innenstadtentwicklung konsequent transparent und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten.

Schwimmhalle am Brauhausberg konsequent sanieren:

Effizientere und preiswertere Rekonstruktion und Erweiterung am Idealstandort verwirklichen, Bürgerwunsch respektieren. Bestand sichern, teure „Spaß“-Modelle versenken, Einbeziehung „Minsk“ in die Umgestaltung Brauhausberg prüfen.

Freie Uferwege konsequent bewahren und durchsetzen:

Uferpark-Pläne am Griebnitzsee umsetzen, Wege am Groß Glienicker und Fahrländer See juristisch wasserfest sichern, Bürgerbegehren zum Erfolg führen, Seen-Artikel der Landesverfassung präzisieren.

Hafenzone konsequent mit Anliegern umgestalten:

Der Weißen Flotte als Herz und Gesicht des Wassertourismus ihren gebührenden Platz sichern, Aussicht „vom und für“ das Hotel Mercure langfristig sichern.

Fertigstellung der Humboldtbrücke und L 40 konsequent realisieren:

Landesförderung ist fortzuführen und der Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner ist zu verstärken.

Schnelle Bahnverbindung zum Flughafen BBI konsequent realisieren:

Dazu Halt am Bahnhof Pirschheide einrichten zur Anbindung der anliegenden Einrichtungen, Hotels, des internationalen Campingplatzes, des Luftschiffhafens und der Wohnbevölkerung und mehr Fernverkehrshalte am Hauptbahnhof.

Rolf Kutzmutz

Anita Tack

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Auf DIE LINKE ist Verlass

Im Interview: Hans-Jürgen Scharfenberg, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung

Vor einem Jahr wurde die Stadtverordnetenversammlung Potsdam neu gewählt. DIE LINKE wurde erneut stärkste Kraft. Nun behauptet ein Stadtverordneter, dass durch Ihre sture Haltung die Linksfraktion weitgehend isoliert sei. Wie sehen Sie das?

Hans-Jürgen Scharfenberg: Das ist schlichtweg unzutreffend. Wir stellen mit Anita Tack die Bauausschussvorsitzende, mit Jana Schulze die Sozialausschussvorsitzende, und Karin Schröter leitet den Kulturausschuss. Wir haben seit Oktober 2008 insgesamt 83 Anträge in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, davon wurden 38 angenommen, 22 abgelehnt, 4 haben wir zurückgezogen und 6 haben sich erledigt, weil sich die Verwaltung der Themen angenommen hatte. 13 Anträge befinden sich noch in der Diskussion in den Ausschüssen. Im Übrigen war der erste Antrag die-

ser Wahlperiode von uns gestellt und einstimmig angenommen und zwar zum Thema „Abschluss der Schul- und Kitasanierung bis 2014“. Wer da behauptet, wir seien isoliert und würden nichts bewegen, muss sich Realitätsverlust vorwerfen lassen.

Ihre Partei ist mit dem Slogan „Konsequent sozial für Potsdam“ in den Wahlkampf gezogen. Auf welche Themen konzentrieren Sie sich, um dieses Wahlversprechen umzusetzen?

Hans-Jürgen Scharfenberg: Wir haben uns, wie in den vergangenen Legislaturperioden auch, darauf konzentriert, unsere Stadt mit all ihren Orten zu entwickeln. Wir haben die Wohngebietszentren im Blick, die landwirtschaftliche Entwicklung als völlig neues Wirtschaftsfeld der Landeshauptstadt, die Ansiedlung von Unternehmen, um Arbeitsplätze zu

schaffen. Porta und Erhard & Söhne sind nun angekommen. Wir engagieren uns für die Weisse Flotte und die bedarfsorientierte Sortimentsentwicklung in den Bahnhofspassagen und im Sterncenter.

Wir setzen uns konsequent für Jugendkultur ein. Das FreiLand-Projekt wird heftig diskutiert, wir bleiben hartnäckig und wollen, dass sich die Stadtwerke hier engagieren. Wir sind mit unserem Vorschlag zur Sanierung des Bades auf dem Brauhausberg im Gespräch, reden mit Investoren, damit die Wohngebietszentren belebt und Einkaufsmöglichkeiten gesichert werden. Wir kämpfen zusammen mit vielen anderen um den freien Uferzugang zum Griebnitzsee, das Bürgerbegehren läuft, setzen uns aber auch dafür ein, dass die Seen rund um Potsdam nicht privatisiert werden, sondern allen zugänglich bleiben. Und: Wir wollen, dass das städtische Wohnungsunternehmen nicht nur die bislang geplanten 47 Wohnungen baut, sondern wesentlich mehr bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnungen für junge Familien, Alleinerziehende, Studierende und Senioren. Dazu sind wir seit längerer Zeit mit der Landesregierung im Kontakt, damit die Landesförderprogramme entsprechend verändert werden, so dass auch die aufstrebende Landeshauptstadt in den Genuss von Fördermitteln kommen kann.

Und Bildung?

Hans-Jürgen Scharfenberg: Das ist für uns eine vorrangige Aufgabe. Und zwar gute Bildung von Anfang an und ohne Abhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern.

Wir kämpfen sowohl in der Stadt als auch im Land um die Verringerung des Personalschlüssels für die Kitas, darum, dass jedes Kind, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern einen Kita-Platz und damit schon von klein auf eine gute Bildung bekommt. Wir kämpfen für die Sanierung von Schulen und Kitas, das haben wir ja bereits mit unserem Begleitbeschluss zur mehrheitlichen Zustimmung zum Landtagsneubau bewiesen. Der Schulcampus am Stern ist ein solches Ergebnis unseres hartnäckigen Dranbleibens. Und wir wollen kleine Kita-Gruppen und Schulklassen, damit sich die Pädagogen tatsächlich um die Kinder kümmern können.

Auf DIE LINKE ist Verlass. Wir sind weiterhin an Infoständen, beim Rathausreport live und über unseren Wegweiser für jede und jeden erreichbar.

Sie haben sich Ende September gemeinsam mit Rolf Kutzmutz und Anita Tack mit einem 15-Punkte-Programm für Potsdam an die Öffentlichkeit gewandt. Was steht da drin?

Hans-Jürgen Scharfenberg: Wir haben die Themen aufgeschrieben, die uns in der nächsten Zeit intensiv beschäftigen werden. Arbeit, Solidarität, Wirtschaft, Wohnen, Freizeit, Bildung, Sport, Kultur, Leben in Würde und Klima und Umweltschutz. (Nähere Infos siehe SEITE 6)

Hans-Jürgen Scharfenberg grillte für die Jüngsten Am Stern.



„Jäkel-Bad“ – gut und günstig

Städtebaulicher Entwurf und Vorplanung für Schwimmhalle Brauhausberg – Anbau eines Erlebnisbades

Die Schwimmhalle am Potsdamer Brauhausberg verfügt über 50-Meter-Wettkampfbahnen für das Sportschwimmen. Die Halle wird dringend für Schulschwimmen, Sportschwimmen und für Freizeitsport benötigt. Die in den siebziger Jahren erbaute Schwimmhalle weist eine interessante Architektur auf, ist jedoch sanierungsbedürftig. Der Baukörper wurde kürzlich bereits teilsaniert. Ein Erlebnisbad gibt es in Potsdam gar nicht, obwohl für die mehr als 150.000 Einwohner der Landeshauptstadt Potsdam ein Bedarf an einem Erlebnisbad vorhanden ist. Darüber hinaus würde ein solches die touristische Bedeutung der Stadt stärken. So die Überlegungen von Dipl.-Ing. Ralf Jäkel (StVV, DIE LINKE) und seiner Tochter Katja (Architekturstudentin), die am 18. September 2009 der Presse ihren Entwurf für einen Anbau eines Erlebnisbades am Standort der existierenden Sportschwimmhalle am Brauhausberg vorstellten.

schen verfügt und für die Dauer der Sanierung der Bestandschwimmhalle auch separat betrieben werden kann. In dem Erlebnisbad sind ein großes Erlebnisbecken mit Rutschenturm und zwei Rutschen, ein ca. 18 m langes Schwimmbecken und mehrere Erlebnisbecken geplant. Ein Becken soll in Verbindung mit einem beheizbaren Außenbecken entstehen, ergänzt mit

ben. Es gibt dann die Möglichkeit, von beiden Eingängen aus mit Bekleidung die Umkleieräume beider Bäder zu erreichen. Ein separater Gang verbindet die alte Schwimmhalle mit der neuen Erlebnisbadhalle für Badende in Badebekleidung. Es ist angedacht, wahlweise Kombitickets für Sportschwimmen und Erlebnisbad auszugeben oder auf Wunsch Einzeltickets

hof bleibt durch die Hanglage jedoch möglich.

Es ist davon auszugehen, dass der Bau des Erlebnisbades neben der sanierten Schwimmhalle beträchtliche touristische Anziehungskraft entfalten wird. Dabei ist die sehr gute ÖPNV-Anbindung dieses zentralen Standortes ein großer Vorteil. Für PKW-Nutzer ist vorgesehen, den vorhandenen Parkplatz bei-



Ralf Jäkel und Tochter gehen davon aus, dass die vorhandene Sportschwimmhalle Brauhausberg nicht abgerissen werden soll und keine dezentrale Ersatzhalle gebaut werden soll. „Wir planen, neben der Schwimmhalle einen Ergänzungsbau für ein Erlebnisbad zu errichten“, so der Stadtverordnete. Dieses Bad ist so konzipiert, dass es über einen eigenen Einlassbereich sowie Umkleieräume und Du-

einigen Pools im Außenbereich. Die Anlagen werden mit Springbrunnen, Wassersprudel und Whirlpools vervollständigt.

Mit dem Erlebnisbad kann für die Dauer der Rekonstruktion der alten Halle der Bedarf der Potsdamer ohne Unterbrechung abgedeckt werden. Nach erfolgter Sanierung der alten Halle werden beide Objekte mit zwei Verbindungsgängen verbunden und gemeinsam betrie-

nur für Sportschwimmer oder nur für Erlebnisbadgäste. Die Steuerung der Übergänge kann mit codierten Chips oder Schlüsseln erfolgen. Betriebstechnisch ist vorgesehen, beide Hallen durch eine gemeinsame moderne Wasserversorgung zu betreiben, die in dem Untergeschoss der alten Schwimmhalle angeordnet werden kann. Das ergibt Einsparungspotentiale. In dem neuen Erlebnisbad wird über den Umkleieräumen eine Gaststätte geplant, mit Fenstern nach draußen und mit Fenstern in das Erlebnisbad hinein. Die Nutzer des Erlebnisbades sollen sich durch die verschiedenen Angebote verwöhnen lassen und beim Baden einen Ausblick auf das Potsdamer Stadtzentrum genießen können. Dies verstärkt sich noch bei Nutzung der Außenbecken. Davon sind in der Hanglage des Berges terrassierte Stufen geplant, auf denen Sonnenliegen stehen können. Das Gelände ist mit einer topografisch bedingt etwas tiefer liegenden Grünabschirmung durch Heckenpflanzung und Einzäunung abzugrenzen. Der Blick auf die Stadt in Richtung Hauptbahn-

zubehalten und über die hintere Umfahrung der vorhandenen Schwimmhalle anzubinden.

Breite Zustimmung für Standort Brauhausberg

Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL und StVV-Fraktionsvorsitzender DIE LINKE): Das Jäkel-Bad könnte die aus DDR-Zeiten stammende Schwimmhalle „komplettieren“. Die Bürger sehen anstatt des Neubaus eines Freizeitbades auf dem Bornstedter Feld lieber, dass die Brauhaus-Schwimmhalle saniert wird. Bei einer „Blitzumfrage“ auf dem Sommerfest der Linkspartei haben sich **343 Gäste für den Brauhausberg** als Badstandort, **drei für das ehemalige Straßenbahndepot** in der Heinrich-Mann-Allee und **nur sechs für den Volkspark im Bornstedter Feld** ausgesprochen. Eine Sanierung des Brauhausbades für acht Millionen Euro plus Jäkel-Anbau wäre sehr viel billiger als ein Freizeitbad im Volkspark, wofür 24 Millionen Euro nötig seien.

In die Herzen der Wähler gesungen

Wer am 09. September 2009 der Einladung ins Wahlquartier der LINKEN in den Potsdamer Bahnhofspassagen gefolgt ist, ist auf seine Kosen gekommen – das „Quartier“ war randvoll besetzt. Die Spitzenkandidatin der LINKS-Partei für den Brandenburger Landtag stellte sich mit ihrer Band Kerstin Kaiser & Ko. „Der Rote Mohn“ vor – eine äußerst gelungene Mischung von Brecht/Eisler, „Kolonie Links“ und eigenen Gedanken. Man war gespannt, denn bei diesen heutigen „Bands“ geht das Wort in der Regel unter, spielt keine Rolle mehr, die „Hits“ begnügen sich mit einem „Yeah, yeah, yeah“. Nicht so bei Kaiser & Ko, jedes Wort gehaltvoll, wollte gehört sein. Unter kurzem Akkord aus dem „Deutschlandlied“ gab es sogar Worte zum Nachdenken über Deutschland. Gleichzeitig nicht die Spur von diesem modischen „Techno“, hier moderate Töne,

wunderbare Saxophonpartien, keine schrillen Stimmen. Im Stillen dachte man: Schön wäre, wenn sich noch andere Kandidaten in die Herzen der Wähler singen könnten, etwa mit einer Vietze & Ko, einer Scharfenberg & Ko Band.

Vor dem eigentlichen Konzert gab es noch eine kurze „Fragestunde“ für die potenziellen Wähler; das leicht strapazierte Thema „IM“ wurde nicht ausgespart. Dabei fiel auf, dass die LINKE – auch zwanzig Jahre nach dem Fall der „Mauer“ – nicht gelernt hat, mit diesem Thema angemessen umzugehen. In einem Land wo jede angesehene Zeitungsredaktion ihre „Informanten“ in den Fraktionen, diversen „Vorständen“ hat, wo folglich laufend „undichte Stellen“ gesucht werden, wo Lidl, die Deutschen Bahnen, Telekom – ja wer nicht – ihr dichtes Netz von Informanten haben, im Land der „normalen“

Industriespionage sollte es langsam peinlich werden, „andere“ für ihre Aktivitäten zu mobben. Von den „offiziellen“ Diensten ist da noch gar nicht die Rede – die NPD kann nicht verboten werden, weil die „Dienste“ nicht bereit sind, ihre „V-Leute“ (so die offizielle Bezeichnung für „IM“ in den alten Bundesländern) aus dieser Partei zurückzuziehen. Wir leben auf einem Ameisenhaufen von V-Leuten, die uns zu „gläsernen Menschen“ gemacht haben, nichts ist sicher, nicht unsere Briefe, nicht unsere SMS, unsere E-Mails, unsere Bankkonten oder Rendezvous. Wir haben somit nicht den geringsten Grund, betroffen den Kopf einzuziehen, defensiv zu reagieren.

Da wäre noch eine pikante Besonderheit zu beachten: Vorerst liegen nur die „Akten“ der einen Seite auf dem Tisch der Öffentlichkeit. Wir sind selbstverständlich bereit, über ALLE „Aktivitä-



ten“ der „IM“ zu sprechen, WENN ALLE, ich betone ALLE, gegen die DDR gerichteten Aktivitäten öffentlich zugänglich sind – so einfach ist das.

Bemühen Sie, meine Herren

„recherchierenden“ Journalisten, nun nicht vergeblich ihren „Verbindungsmann“ bei der Birthlerbehörde – ich war kein IM.

Walter Ruge, Potsdam

„Haus des Reisens“ – Abriss auf Vorrat

LINKE mahnt die Erfüllung des Beschlusses der StVV vom Mai 2009 an

Zum geplanten Abriss des Wohnhochhauses „Haus des Reisens“ am Platz der Einheit durch die PRO POTSDAM erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Anita Tack: „Das muss von PRO Potsdam der letzte Alleingang bleiben!“ Weder war die Potsdamer Öffentlichkeit einbezogen noch gab es Varianten zur Sanierung des Hauses und zum Erhalt der 28 kleinen Wohnungen mit günstigen Mieten.

Am 6. Mai 2009 hat die Pots-

damer Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der LINKEN beschlossen, dass vor einem Ersatzneubau für das Haus des Reisens/Wohnhochhaus in der Friedrich-Ebert-Straße eine Planungswerkstatt als Gutachterverfahren durchgeführt wird, dass Ersatz für die 28 Einraumwohnungen zu einem sozialverträglichen Mietniveau zu berücksichtigen ist und dass das „Flugschiff“ von Peter Rohn im öffentlichen Raum erhalten bleibt.

Diese Bedingungen sind gegenwärtig nicht erfüllt. Ehe diese Voraussetzungen nicht er-

füllt sind, spricht sich DIE LINKE strikt gegen einen „Abriss auf Vorrat“ aus.

Das „Haus des Reisens“ mit dem Wohnhochhaus wurde 1969 als Stadtbild prägendes Gebäude im Kontext zur Bibliothek Am Kanal errichtet und verkörpert mit der Kunst am Bau ein Projekt der DDR-Baukultur der 1960er Jahre.

DIE LINKE hält es nach wie vor für falsch, dass das kommunale Wohnungsunternehmen PRO POTSDAM dieses städtebauliche Zeugnis der Nachkriegsmoderne abreißen will, um es durch ein Bankhaus ersetzen zu lassen.





Unser Autor, Gerhard Klier, ist Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht und Kommunalpolitiker der LINKEN in Neuruppin und im Kreis Ostprignitz-Ruppin. Zur diesjährigen Landtagswahl trat er als Direktkandidat der LINKEN an.

„Glaube nur der Statistik, die Du selbst...“

Die Regierungskoalition greift zu immer neuen Tricks, die Arbeitslosenstatistik zu beschönigen, was sich insbesondere vor Wahlen immer gut macht.

Nach der amtlichen Statistik sind lediglich 3,4 Millionen von Arbeitslosigkeit betroffen. Nicht in der Statistik und damit aus Sicht der Regierung nicht arbeitslos sind:

- Arbeitslose älter als 58 Jahre, 380.000 Menschen
- Ein-Euro-Jober, 326.000 Menschen
- Arbeitslose in beruflicher Weiterbildung, 237.000 Menschen
- Arbeitslose in Eingliederungsmaßnahmen, 68.000 Menschen
- Arbeitslose in Trainingsmaßnahmen, 48.000 Menschen
- weitere Arbeitslose, wie vermutlich Kranke, 28.000 Menschen

Dies sind zusammen 1,087 Millionen nicht von der Statistik erfasste Arbeitslose und somit insgesamt ca. 4,5 Millionen von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen. Hierbei sind noch nicht einmal die sogenannten Kurzarbeiter erfasst, die Kurzarbeitergeld erhalten, und deren Zahl auch aufgrund der letzten Gesetzesänderungen erheblich gestiegen ist.

Ab November sollen weitere 200.000 Arbeitslose aus der Statistik fallen, nämlich die Arbeitslosen,

welche sich durch private Vermittler betreuen lassen. Eine wirksame Arbeitsmarktpolitik setzt eine ehrliche Analyse und Statistik voraus.

Festsetzung Rentenwert

Mit der Rentenwertbestimmungsverordnung 2009 vom 17. Juni 2009 hat die Bundesregierung unter anderem die Rentenwerte ab dem 01. Juli 2009 neu festgesetzt. Der neue aktuelle Rentenwert beträgt 27,20 € und der neue aktuelle Rentenwert (Ost) beträgt 24,13 €. Damit sind die Renten in den alten Bundesländern 12,72 % höher als die Renten in den ostdeutschen Bundesländern.

In den letzten 10 Jahren sind damit in den neuen Bundesländern die Bruttorenten um ca. 11,7 % gestiegen bei einer Inflation der letzten 10 Jahre von insgesamt ca. 16,6 %. Dies bedeutet, dass der Wert der Bestandsrenten um ca. 5 % gesunken ist. Hierbei sind die Kürzungen der Nettorenten auf Grund der Änderung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge nicht berücksichtigt. Ebenfalls ist hierbei nicht berücksichtigt, dass für die gleichen Lebensarbeitszeiten einschließlich Ausbildungszeiten vor 10 Jahren mehr Entgeltpunkte zugesprochen wurden als aktuell bei einem Neueintritt in die Altersrente. Damit haben Neurentner mit noch größeren Einbußen trotz der erhöhten Rentenversicherungsbeiträge von 19,1 % im Jahr 2002 auf 19,9 % seit dem Jahr 2007 zu leben.

Daher ist dringend zu empfehlen, eine zusätzliche eigene Altersvorsorge vorzunehmen – sofern dies für den Einzelnen finanziell überhaupt möglich ist. Ansonsten droht Altersarmut, da die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung so gering sind, dass zusätzlich Grundsicherung im Alter beantragt werden muss.

Beratungshilfe im Widerspruchsverfahren

Das Amtsgericht Neuruppin lehnt meines Erachtens verfassungswidrig mit folgender Begründung die Bewilligung von Beratungshilfe ab: „Hier vorliegend teilen Sie mit, dass Sie bereits selbst Widerspruch gegen den Bescheid des Amtes für Arbeitsmarkt vom ... eingelegt haben. Beratungshilfe kann jedoch erst bewilligt werden, wenn die negative Entscheidung der Behörde über den selbst eingelegten Widerspruch vorgelegt wird ... Sie werden gebeten ... den Antrag auf Beratungshilfe dann neu zu stellen, und zwar dann, um Beratung bezüglich des Widerspruchsbescheides zu begehren.“ Dies wird verbunden mit der Aufforderung, den Antrag auf Gewährung von Beratungshilfe zurückzunehmen. Von einer Rücknahme wird dringend abgeraten. Sofern der Antrag bereits zurückgenommen wurde, wird empfohlen, den Antrag neu zu stellen. Bezüglich des Widerspruchsbescheides ist grundsätzlich keine Beratungshilfe angezeigt,

da der Widerspruchsbescheid mit der Klage vor dem Sozialgericht überprüft wird und dafür keine Beratungshilfe des Amtsgerichtes, sondern Prozesskostenhilfe gewährt wird durch das Sozialgericht.

Das Widerspruchsverfahren soll aber gerade der Vermeidung eines Gerichtsverfahrens dienen und der Verwaltung die Möglichkeit geben, ihre falsche Entscheidung zu revidieren. Entsprechend hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss vom 11. Mai 2009 zum Aktenzeichen 1 BvR 1517/08 eindeutig entschieden, dass grundsätzlich Beratungshilfe für das Widerspruchsverfahren zu gewähren ist. Auf diese Entscheidung sollten sich die Betroffenen berufen und zugleich darlegen, dass sie bei der komplizierten und widersprüchlichen Gesetzeslage und umfangreichen Rechtsprechung als juristische Laien nicht in der Lage sind, sich gegen die Juristen der Verwaltung zur Wehr zu setzen. Das Bundesverfassungsgericht hat wörtlich ausgeführt: „Im Hinblick auf die prozessrechtlichen Grundsätze der Waffengleichheit und der gleichmäßigen Verteilung des Risikos am Verfahrensausgang im sich möglicherweise anschließenden Gerichtsverfahren darf der Beschwerdeführerin eine unabhängige Beratung nicht vorenthalten werden.“ Hierbei ist als unabhängige Beratung keine Beratung durch gemeinnützige Vereine oder Verbände gemeint, da die Beratungshilfe für die anwaltliche Beratung gewährt wird.

Außerparlamentarische Opposition in der Diskussion

Anfang Juli 2009 trafen sich in Potsdam Dr. Steffen Hultsch als Vertreter der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Vertreter verschiedener Gruppierungen, darunter der SBB, um über die Bedeutung einer außerparlamentarischen Opposition (APO) zu diskutieren. Sie stellten fest, dass die derzeitige gesellschaftliche Situation durch die Vorherrschaft neoliberalen Gedankengutes, Antikommunismus und Politikverdrossenheit der Bevölkerung gekennzeichnet ist. Das erschwere besonders die Gewinnung von Mitstreitern und Bündnispartnern.

Stand und Möglichkeiten der – sich mehr als soziale Bewegung sehenden – APO wurden als sehr schwierig eingeschätzt. Sie sei sehr zersplittert, habe nur sehr wenige Mitstreiter und leide unter Geldmangel. Zudem sei sie noch zu wenig nach außen erkennbare Opposition. Positiv werteten die Anwesenden,

dass es bundesweit in über 100 Städten weiterhin Montagsdemos gegen Hartz IV und Sozialabbau gibt. Für kurz nach der Bundestagswahl sei eine bundesweite Montagsdemo in Berlin geplant. Eine wertvolle Hilfe sei auch die Kontaktstelle zu den sozialen Bewegungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE, wo z.B. bereits zwei Bewegungswerkstätten stattfanden.

Die Gewerkschaften seien politisch unwahrscheinlich wichtig, da deren Mitglieder in den Betrieben seien. Mit ihren 6 Millionen Mitgliedern würden sie die stärkste APO sein. Leider gebe es in Potsdam keinen gewerkschaftlichen Erwerbslosenkreis. Aufgabe der APO sei es, Missstände deutlich zu machen, linke Alternativen und Visionen aufzuzeigen, ihre Forderungen zu artikulieren sowie spür- und wahrnehmbaren Widerstand zu leisten. In der praktischen Arbeit würden die APO-Mitstreiter effek-

tiver, z.B. in Arbeitsteilung, arbeiten müssen – gerade weil sie so wenige seien. Dabei würde verbindlich festgelegt werden müssen, wer was macht. Begriffe seien zu klären und bewusst einzusetzen.

Eine Themen- und Problemsammlung sei zu beginnen. Daraus wären die Forderungen der APO zu entwickeln, die sich auf Kernpunkte konzentrieren, Kompetenz unter Beweis stellen sowie verständlich und nachvollziehbar formuliert sein müssten.

In ihrem Kampf würde die APO aggressiver und offener werden müssen, dafür seien die Probleme vor Ort zu erkennen und als Basis zu nutzen, um für alle Menschen vor Ort erlebbar Druck zu machen.

Für eine tatkräftige linke APO müssten mehr Menschen gewonnen werden. Dazu würden andere bzw. neue Kampfformen (öffentlichkeitswirksam, intelligent, witzig), der Aufbau von Ausstrah-

lungskraft (Bilder erzeugen, eine Botschaft transportierende Aktionen) und eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit (auch moderne Mittel nutzen) beitragen können. Netzwerke zu schaffen und zu pflegen, sei äußerst wichtig. Die verschiedenen APO-Gruppierungen müssten sich noch stärker vernetzen, potentielle Bündnispartner durch persönliche Gespräche zu gewinnen versuchen. Das Aktionsbündnis „Potsdam gegen Hartz IV“ wolle offiziell zu einer gewerkschaftlichen Gesprächsrunde in Potsdam einladen. An dieser würden die gewerkschaftlichen Erwerbslosenkreise ELA und GELA sowie die Potsdamer Gewerkschaft teilnehmen. Ziel sei, die Gründung eines Potsdamer gewerkschaftlichen Erwerbslosenkreises anzuregen.

Kontakt:
Sabine Podewin,
Initiative SolidarAktiv,
Tel.: 01 70/9 57 38 17

Mitkämpfen statt mitmeckern

So war das Motto der Kampagne der Linksjugend [‘solid] Brandenburg im Wahlseptember 2009.

In fast 40 Orten versuchten wir letzten Monat nicht nur Stimmen für DIE LINKE, sondern auch neue Mitstreiter für eine bessere Welt zu finden.

Die gut 20 Mitfahrenden standen vor Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten, verbreiteten in den großen Pausen mit Musik und Kaffee gute Laune und brachten so rote Farbe in den grauen Schulalltag. Abends fanden in den Jugendclubs vor Ort noch Podiumsdiskussion, Filmabende oder Partys statt.

Viele Schülerinnen und Schüler kamen mit uns ins Gespräch und diskutierten lebhaft über ihren Alltag in der Schule, aber auch ihr Zukunftsängste und die Probleme ihrer Eltern. Zentral war dabei vor allem, dass endlich mehr Geld in die Bildung fließen soll und die Versprechungen der Politik in den letzten Jahren, auch die der SPD/CDU-Regierung in Brandenburg, endlich in Taten umzusetzen seien.



Leider hatten wir das eine oder andere Mal auch unfreundlichen Kontakt mit Rechtsextre-

men, ein Problem, welches für Brandenburg aktuell bleibt und gegen das sich nach wie vor ein-

gesetzt werden muss. Hierbei braucht es nicht nur das Engagement der Linksjugend [‘solid], sondern aller demokratischen Kräfte.

Unser Material indes fand reges Interesse, und nicht nur der klassische Antifa-Aufkleber wurde mitgenommen, sondern auch inhaltliche Flyer und das „dicke“ Programmheft. Da stellte sich auch uns die Frage, ob die Jugendlichen wirklich so unpolitisch sind, wie immer behauptet wird.

Unsere drei Autobesetzungen haben aber nicht nur Stände von und für Jugendliche gemacht, sondern sind auch am Abend mit ihnen ins Gespräch gekommen und haben Debatten intensiver fortsetzen können.

Dass wir dabei Erfolg hatten, wissen wir auch schon ohne Wahlergebnisse. Bis Ende des Monats werden wir über 60 Interessenten für die Linksjugend [‘solid] gewonnen haben.

Sobald das Wetter im Frühjahr wieder besser wird, werden wir wieder ausschwärmen und weitermachen!

Sportliche Jugendfreundschaft zwischen Potsdam und Luzern

Nun hat auch Potsdam städtepartnerschaftliche Geschichte geschrieben: Nach der ersten Jugendolympiade 2007 in Luzern richtete nun vom 18. bis 21. September die Stadtsportjugend Potsdam sportliche Wettbewerbe für rund 80 Schülerinnen und Schüler aus beiden Städten aus. „Städtepartnerschaft kann am besten mit Leben erfüllt werden, wenn sich Jugendliche kennenlernen und Freundschaften schließen“, wünschte sich Stadtsportbund-Chef Dr. Lutz Henrich bei der Eröffnung. Und

so bot der Potsdamer Freundeskreis den 14- bis 17-Jährigen ein attraktives Programm: Aus dem Bus der Stadtrundfahrt durch Berlin wechselten die jungen Leute zum Drachenbootrennen auf's Wasser, bowlten sich schwungvoll durch einen Abend, bolzten beim Straßenfußball mit siegreichen Gästen um die Wette, schwangen sich im Kletterpark geschickt von Baum zu Baum, träumten sich dann im Medienpark in fantastische Filmwelten, schwelgten wie die Stars beim vom Leo-

Club-finanzierten Olympischen Abend und wurden schließlich vom sporttreuen Sponsor Porta mit einem besonders vitaminreichen Bankett verabschiedet.

So könnte, so sollte es häufiger sein: Für die Jugendlichen waren neben Porta und Leo-Club Sponsoren wie Barmer und Sparkasse sowie Vertreter aller Parteien an der Seite des Stadtsportbundes aktiv. Vor allem aber unterstützten auch wieder ehrenamtliche Helfer das Vorhaben; so betreuten Sportlehrer die Gäste und sorgten mit einfallreichen Kennenlern-Spielen dafür, dass durch gemeinsames Lachen schnell Vertrautheit entstand. Unter den ehrenamtlichen Unterstützern waren auch der Luzerner „Erfinder“ Stefan Zopfi, Sportdozent an der dortigen Pädagogischen Hochschule, und Vertreter der Freundeskreise beider Städte wie die Stellvertretende Potsdamer Stadtpräsidentin Birgit Müller.

Schon wenige Tage nach der Jugendolympiade sorgte übrigens auch eine viertägige Bürgerreise nach Luzern für ein besseres Kennenlernen – ebenfalls eine regelmäßige Veranstaltung für alle interessierten Potsdamer, die jenseits touristischer



Fotos: L. Henrich (2)



Standardprogramme persönliche Bekanntschaften schließen und mehr über das Alltagsleben in der Schweiz erfahren wollen. Mehr darüber kann man zum Beispiel auf der Internetseite des Potsdamer Freundeskreises unter www.potsdam-luzern.de/ nachlesen. Sicher werden die hier Aktiven auch wieder dabei sein, wenn 2011 die nächste Jugendolympiade in Luzern mit Begeisterung vorbereitet wird!

Staatliche Aufsicht für alle Finanzprodukte gefordert

Nach wochenlangem „Wahlgetöse“ zieht nun wieder mehr Sachlichkeit in die Politik ein – und da lohnt es sich, den Abgeordneten genauer auf die Finger zu sehen und sie hin und wieder an ihre Wahlversprechen zu erinnern. Beispiel Verbraucherschutz: Kaum ein Politikfeld ist für „Normalverbraucher“ so unmittelbar mit der Krise verknüpft, bei einer repräsentativen Telefonumfrage von Infratest dimap im August des Jahres bezeichneten drei Viertel der 1.000 Befragten den Verbraucherschutz als ein wichtiges Thema für die persönliche Wahlentscheidung. Dennoch wollten fast 40 Prozent der Teilnehmer keine Partei identifizieren, die sich ihrer Ansicht nach besonders um den Schutz der Verbraucher kümmert.

Angesichts der Auswirkungen sollte jeder seine Rechte bei „seinen“ Vertretern in Landtag und Bundestag in Bürgersprechstunden und öffentlichen Veranstaltungen einfordern und ihnen „auf die Finger sehen“, wenn es um Verbraucherschutz geht. Damit nicht weiterhin jährlich 20 bis 30 Milliarden von Kleinanlegern gesparte Gelder Spekulanten zum Opfer fallen, fordert der Bundesverband der Verbraucherzentralen vzbv zum Beispiel, dass alle Vermittler von Finanzprodukten den gleichen Regeln der Qualifikation, Zulassung, Transparenz und Vermögensschadenabsicherung unterliegen. Der Nachweis der Sachkunde muss ebenso obligatorisch werden wie eine Berufshaftpflichtversicherung. Zudem wird eine staatliche und effiziente Aufsichtsbehörde mit ausreichenden Ressourcen gebraucht, so dass kein Produkt und kein Anbieter von Finanzdienstleistungen mehr unbeaufsichtigt bleiben.

Bei einer Abfrage des vzbv vor der Bundestagswahl unterstützten die Parteien SPD, CDU/CSU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP durchweg die Forderung nach einer umfassenden Aufsicht. Nun sollten Verbraucher und Verbraucherschützer dranbleiben!

-ed

(weitere Informationen unter www.vzbv.de)

Kein Platz für Rechte

Rund 2.500 Potsdamer feierten Toleranzfest/Protest gegen Kundgebung der DVU

Wesentlich mehr BürgerInnen als im Vorjahr zog es an diesem 20. September zum Toleranzfest am Brandenburger Tor. Und mehr als ein Dutzend Initiativen, Parteien und Vereine stellten sich vor. Es gab Musik, Bratwurst und Straßenfußball.

In seiner Eröffnungsrede betonte Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD): „Rechte dürfen keinen Platz in dieser Stadt und im Land Brandenburg haben.“ Und gerade Potsdam profitiere von Toleranz, so Jakobs – etwa mit seiner aus vielen Ländern beeinflussten Architektur, aber auch von vielen Touristen sowie den 5000 hier tätigen Wissenschaftlern aus verschiedenen Nationen. Nach der Ansprache von Jakobs hielten Stadtkirchenpfarrer Markus Schütte und junge Gläubige eine Andacht ab, in der sie zu Gewaltfreiheit aufriefen. Und dann konnte man flanieren oder den Straßenfußballern beim Bolzen zuschauen.



Unsere Männer belegten einen hervorragenden vierten Platz beim Straßenfußball.

Übrigens: Unsere Männer der LINKEN belegten letztendlich den 4. Platz hinter vier sehr jungen Mannschaften und immerhin von 14!

Doch dann kamen sie – die nicht mehr als 54 DVU-Anhänger, die auf dem Luisenplatz ihre Wahlkundgebung abhalten wollten. Die Polizei war mit rund 200 Beamten vor Ort und „trennte“ mit



Die Diakonie hatte mit Bewohnern des Asylbewerberheimes am Schlaatz eine schlagkräftige Mannschaft: Newton Njugana Kairu (I., Kenia) und Keiwan Rashidi (Iran) gehörten dazu.



Der Rücken eines bulligen DVU-Anhängers sagt ALLES!

zwei Absperrgittern die protestierenden Bürger von den Anhängern der rechtsextremen Partei. Die Gegendemonstranten versuchten die Reden der DVU mit Trommeln, Pfeifen, Rasseln und Megaphonen zu übertönen.

Insgesamt drei Anzeigen seien aufgenommen worden, sagte Potsdams Polizeichef Ralf Marschall, unter anderem wegen Zeigen eines Hitlergrüßes und Belei-

digung. Gegen 14 Uhr hatte zudem ein 25 Jahre alter Potsdamer aus der linken Szene versucht, die Lautsprechertechnik der DVU zu zerstören. Zuvor hatte er sich unauffällig unter die DVU-Anhänger gemischt und auf einen geeigneten Moment gewartet. Der junge Mann wurde für den Rest der Kundgebung in Polizeigewahrsam genommen.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 09.10. und Dienstag, 13.10. 2009:

Lange Nacht des Films: „Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste“. Ingrid Püschel erzählt in ihren Filmen von ihrer abenteuerlichen Reise ganz allein durch das Land der Kontraste. Mein Indien – das ist

■ die Millionen-Metropole Delhi mit den vielen, extrem unterschiedlichen Gesichtern,

■ Fatehpur Sikri, Sikandra und Agra mit dem Taj Mahal,

■ Varanasi mit Villen, Palästen und Tempeln am Ufer des „heiligen“ Ganges,

■ Sarnath, wo Buddha seine erste Predigt hielt,

■ Amritsar mit dem berühmtesten Gebäude der Sikhs, dem Goldenen Tempel,

■ Kolkata, die Stadt voller Armut und Freude,

■ das weltweit größte Flussdelta mit seinen Mangrovenwäldern, den Sunderbans, Mein Indien – das sind vor allem die Menschen, die dieses Land bewohnen: einfach und bescheiden, gastfreundlich und herzlich, ehrlich und gläubig, selbstbewusst und immer fröhlich.

Beginn: ab 16.30 Uhr, 18.00 Uhr, 19.30 Uhr, 21.00 Uhr (bzw. nach Wunsch) und in den Pausen (Kaffee, Tee, Kuchen, kleiner Imbiss und kalte Getränke nach Angebot). Ende: offen *Dahlweid

Donnerstag, 15.10.2009, 18.00 Uhr: Arbeitsrecht in Deutschland. Öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ mit Dr. Werner Rügemeier, Lehrbeauftragter an der Uni zu Köln; Moderation: Dr. Steffen Hultsch, Rechtsanwältin, MdB. **RLS

Montag, 19.10.2009, 14.30 Uhr: „Vom Wallenstein Schloss bis zur Tropfsteinhöhle“. Ein Spaziergang mit Karl Kreuzt. Begleiten Sie uns in das tschechische Frydland. Neben der Anmut des Städtchens finden wir dort auch das Wallenstein Schloss, das dem bekanntesten Heerführer des Dreißigjährigen Krieges gehörte. Weiter geht es nach Slowenien. In Postoinka schuf die Natur in den Adelsberger Grotten eine der schönsten Tropfsteinhöhlen. *Dahlweid

Mittwoch, 21.10.2009, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“. Ein musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen, und wenn Sie möchten, in den Pausen nach beliebten Melodien Walzer oder Polka tanzen. *Dahlweid

Donnerstag, 22.10.2009, 18.00 Uhr: Potsdamer Profile – BauKULTUR in Potsdam. Gastgeberin und Moderatorin Anita Tack (Mdl) diskutiert mit Prof. Dr. Michael Braum (Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur, Potsdam). Potsdam, Altes Rathaus – Potsdam Forum **RLS

Montag, 26.10.2009, 14.30 Uhr: Literarische Stunde: „Der Malvenweg“. Ein literarischer Nachmittag mit dem Schriftsteller Walter Flegel. *Dahlweid

Dienstag, 27.10.2009, 14.30 Uhr: „Fischreiher, Admiralsenten und Eisvogel“. Heiteres und Besinnliches, Aktuelles und Historisches erzählt Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter (DIE LINKE) aus Zentrum-Ost, bei einem interessan-

ten Spaziergang durch unseren Nuthepark mit neuen Bildern und Gedichten. *Dahlweid

Mittwoch, 28.10.2009, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 29.10.2009, 18.00 Uhr: Polen in der Europäischen Union – Gegenwärtige Situation und Perspektiven. Vortrag und Diskussion mit Dr. Holger Politt, Leiter des Büros Mittel- und Osteuropa, Warschau. **RLS

* Dahlweid – Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost
**RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Potsdam, Dortustr. 53, Geschäftsstelle (Atrium)